

Positionspapier 2015-04

EUROPA hat in den Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges bzw. der Auflösung des Warschauer Paktes in den 1990er-Jahren noch nicht zu sich selbst gefunden. Es gibt keine allgemein akzeptierte Finalität. Europäisches Ziel kann es nur sein, einen friedlichen Kontinent von Lissabon bis zum Ural zu schaffen bzw. eine kooperative Koexistenz von EU und Russland zu ermöglichen.

Die EU – als Friedensprojekt gestartet – steckt in einer politischen Krise. Konstruktionsdefizite werden spürbar. Die fehlende demokratische Legitimierung von Entscheidungen und Entscheidungsträgern werden sichtbar. Reformen sind notwendig. Es gibt keine sinnvolle Alternative zu einem beständigen EU-Reformprozess!

EURO-Raum: Der gemeinsame Währungsraum verlangt nach einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gemeinsamen Regeln zur Erbringung der Beiträge zum gemeinsamen Haushalt einerseits und die solidarische Abfederung von Entwicklungsunterschieden andererseits sind notwendig. Das kann auch die Aussetzung von Schuldenzahlungen bzw. die Übernahme von Schulden erfordern.

Aktuelle Forderungen an die Politik der EU bzw. die Mitgliedsstaaten:

- Für eine Politik; die das „Gemeinsame Haus Europa“ – unter Einschluss Russlands – möglich macht.
- Keine NATO-Erweiterung nach Osten! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen z.B. in Dänemark, usw.
- Keine Aufrüstung der schnellen Eingreiftruppe der NATO auf 30.000 Mann in Europa.

Aktuelle Forderungen zum Ukraine-Konflikt/Krieg (Stand 2015-03):

- Stopp aller Waffenlieferungen in die Ukraine. Umsetzung der Minsker Abkommen. Schaffung positiver Voraussetzungen für den Einsatz von OSZE-Beobachtern und ev. auch UNO-Blauhelmen zur Sicherung der umkämpften Gebiete.
- Sofortige Friedensverhandlungen zwischen den ukrainischen Konfliktparteien und den involvierten Anrainerstaaten in Ost und West für einen dauerhaften Frieden. Eine neutrale bzw. bündnisfreie Ukraine sollte das Ziel sein.
- Anerkennung der russisch geprägten Identität der Ostukraine durch Schaffung eines Autonomiegebiets mit weitgehenden Selbstbestimmungsrechten (inkl. der Möglichkeit, das Russische als Amtssprache verwenden zu können).
- Sofortige Wiederaufnahme der sozialen Versorgung (z. B. Pensionszahlungen) in den östlichen Gebieten durch die ukrainische Regierung in Kiew.

- Keine EU-Finanzhilfen an die Regierung in Kiew, die für militärische Zwecke genutzt werden können. Aber sehr wohl umfassende humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung in den östlichen und westlichen Landesteilen.
- Keine US-Waffenlieferungen an die Ukraine. Aber: Aktivierung des NATO-Russland-Rates zur Verhinderung von Missverständnissen, die zur Konflikteskalation führen können. Keine US-Einmischung in die Beziehungen der europäischen Staaten zu Russland.
- Aufhebung der Russland-Sanktionen. Rückwendung zu geordneten politischen Beziehungen zwischen der EU, den Mitgliedsstaaten und Russland. Europa schadet sich mit der Sanktionspolitik selbst am meisten.

- **Anmerkung:**

Bundespräsident Heinz Fischer hat in seiner Jahresbilanz 2014 (APA 26.12.14) auch westliche Fehler in Bezug auf die Ukraine eingeräumt: („Man hätte die Ukraine mit allen Seiten partnerschaftlich zusammenarbeiten lassen müssen!“) Der Darstellung in Massenmedien, die Russland bzw. „Putin“ als alleinigen Aggressor propagieren, muss widersprochen werden. Mit der propagandistischen Verdrehung des Ablaufs der Ereignisse kann weder Frieden noch Vertrauen in die Zukunft gewonnen werden. Europa bzw. die EU schadet sich mit dem Ukraine Konflikt – auch ökonomisch – selbst am meisten.

Flüchtlingspolitik:

Massengrab Mittelmeer: Durch die für Flüchtlinge unerfüllbaren Visaerfordernisse wird eine legale Einreise in die EU unmöglich. Dies führt zu Schlepperunwesen und dazu, dass Menschen auf verschiedenste Weisen ihr Leben riskieren, um nach Europa zu kommen.

Eine wirkliche Abhilfe kann nur ein politisches und wirtschaftliches Stabilitätsprogramm bringen, das die Nöte in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres lindert und die Menschen nicht an Flucht und Auswanderung als einzigen Ausweg denken lässt.

Forderungen zur Flüchtlingspolitik:

- Die legale Einreise für Asylsuchende – z.B. aus Syrien – müsste sofort ermöglicht werden.
- Stabilisierung der nordafrikanischen Staaten durch Wirtschafts- und Sozialhilfe und politische und militärische Nichteinmischung (siehe Libyen, Ägypten)
- Keine Waffenlieferungen in den nordafrikanischen Raum (EU-Lieferverbote)

Offene Fragen (noch zu wenig in der Kommission diskutiert):

- EU-Armee (Junckervorschlag vom März 2015)

f.d.K. Dr. Peter Öfferlbauer
Linz, 9.4.2015